

Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Dinslaken
Friedrich-Ebert-Straße 64, 46535 Dinslaken

Frau Bürgermeisterin
Michaela Eislöffel
Platz d´Agen 1
46535 Dinslaken

Die Linke

**Fraktion Im Rat der Stadt
Dinslaken**

Friedrich-Ebert-Straße 64
46535 Dinslaken

Telefon: 02064 – 77 57 373
Telefax: 02064 – 77 57 374

linksfraktion@die-linke-
dinslaken.de

www.linksfraktion-dinslaken.de

Niederrheinische Sparkasse
RheinLippe
DE30 3565 0000 0670 9225 41
WELADED1WES

Dinslaken, den 20.11.2024

Antrag

Verabschiedung einer Resolution des Rates der Stadt Dinslaken

Kürzungen im Sozialen Bereich im Haushaltsentwurf 2025 für das Land Nordrhein-Westfalen zurücknehmen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Eislöffel,
sehr geehrte Mitarbeitende,
sehr geehrte Lesende,

die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Dinslaken beantragt, der Rat möge in seiner Sitzung am 10.12.2024 die nachfolgende Resolution verabschieden und beschließen, Sie als Bürgermeisterin zu beauftragen, diese an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen weiterzuleiten.

Resolution des Rates der Stadt Dinslaken

Kürzungen im Sozialen Bereich im Haushaltsentwurf 2025 für das Land Nordrhein-Westfalen zurücknehmen

Der Haushaltsentwurf der NRW-Landesregierung für das kommende sieht Kürzungen bei zahlreichen sozialen Diensten und Angeboten in Höhe von insgesamt 83 Millionen Euro vor.

Sollten die Kürzungen umgesetzt werden, wird das für viele Menschen in ganz NRW, insbesondere auch in Dinslaken sichtbare und spürbare Folgen haben.

In Dinslaken hätte dies zur Folge, dass die soziale Infrastruktur massiv geschwächt wird. Unterstützungsangebote für zahlreiche Gruppen und Menschen in Not würden in diesem Fall zurückgefahren oder in der Gefahr stehen, eingestellt zu werden.

Der Rat der Stadt Dinslaken appelliert an die Landesregierung, es nicht so weit kommen zu lassen. Auf die Träger, die Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen im sozialen Sektor kommen ohnehin starke Belastungen zu.

Mit diesem Haushalt würde die Landesregierung die Mangelverwaltung in der Wohlfahrts- und Sozialarbeit weiter verstärken. Stattdessen müssen soziale Einrichtungen stärker unterstützt und soziale Arbeit fair finanziert werden.

Begründung:

Die Fraktion Die Linke hält es für dringend geboten, dass auch der Rat der Stadt Dinslaken in seiner Verantwortung als kommunaler Selbstverwaltung seine Stimme erheben muss, um auf die Folgen der von der Landesregierung beabsichtigten massiven Einsparungen für die im Sozialen Bereich tätigen Wohlfahrtsverbände hinzuweisen. Sollten die beabsichtigten finanziellen Kürzungen der Landesregierung ab 2025 greifen, so ist zu befürchten, dass dies massive Auswirkungen auf die Sozialen Leistungen in der Dinslakener Stadtgesellschaft haben wird.

Zahlreiche Träger kämpfen schon heute ums Überleben und müssen Beratungs- und Betreuungsangebote einschränken. Den Rotstift bei der sozialen Infrastruktur anzusetzen, ist eine Gefahr für den Frieden und den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Der Haushaltsentwurf 2025 der NRW-Landesregierung sieht neben allgemeinen Kürzungen an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Höhe von 2,1 Millionen Euro auch Kürzungen bei zahlreichen gesellschaftspolitischen Programmen vor.

Diese betreffen etwa Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für sozialen Zusammenhalt, die Familienbildung und -beratung, die Verbraucher- und Schuldnerberatung, die Aids- und Suchthilfe, Maßnahmen zur Suchtprävention, Leistungen im Bereich der Altenhilfe und der Pflege sowie Sozialraumplanung, die Resozialisierung und Begleitung von Haftentlassenen in unsere Gesellschaft und Projekte für Menschen mit Behinderung.

Der Schutz vor Gewalt von Frauen sowie entsprechende Unterstützungssysteme sind ebenfalls von Kürzungen betroffen. Signifikante Kürzungen sind auch im Bereich Flucht, Migration und Integration geplant. Darüber hinaus werden Investitionen runtergefahren, um den Arbeits- und Fachkräftebedarf zu begegnen, so zum Beispiel im Bereich der Berufseinstiegsbegleitung und der Ausbildung in den Gesundheits- und Pflegeberufen.

In einer Zeit, in der antidemokratische Kräfte immer stärker Raum greifen und die soziale Ungleichheit wächst, brauchen wir nichts dringender als Investitionen in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wenn eine Gesellschaft es nicht schafft, die Schwächsten angemessen zu unterstützen und insbesondere marginalisierten Gruppen Partizipation, Bildung und Förderung zu ermöglichen, greift das den sozialen Zusammenhalt an.

Wenn Wertevermittlung, Demokratieförderung und Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten nicht mehr ausreichend finanziert werden, zerstören wir die zentralen Stellschrauben für eine gelingende Integration in die Aufnahmegesellschaft. Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit werden weiter wachsen. Dies gilt es zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen



Stellv. Fraktionsvorsitzender